

6.3.1961

Herrn
Wenzel Jaksch, MdB.
B o n n
Bundeshaus

betr. Dipl. Beziehungen mit Rumänien
Lage der Deutschen in Rumänien

Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter,

in der 8. Sitzung der von Ihnen geleiteten Arbeitsgruppe zur Frage der Beziehungen zu den Ostblockstaaten im Bundestags-Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten durfte ich - wofür ich Ihnen danke - am 9. Februar in Bonn die Lage der Rumäniendeutschen schildern und deren Wünsche vorbringen. Ich überreichte Ihnen samt einer "Erläuterung" auch die schriftliche Fassung unserer Stellungnahme.

Im Gegensatz zu den übrigen Landsmannschaften, die als Vorbedingung der diplomatischen Beziehungen nur Erleichterungen und Rechtssicherungen für ihre in den Oststaaten lebenden Landsleute verlangen, können die Sprecher der Siebenbürger Sachsen und der Banater Schwaben die Rettung der in Rumänien heute noch vorhandenen Deutschen allein von deren Umsiedlung nach Deutschland erwarten. Daher erklärte ich namens der Rumäniendeutschen, dass diese Umsiedlung unsere wesentlichste Forderung sei. Weil sie jedoch so überaus wichtig ist, halte ich es für nötig, Sie, Herr Abgeordneter, und Ihre Arbeitsgruppe nochmals auf die Situation hinzuweisen, in der sich unsere Stammesbrüder in Rumänien befinden. Ich wollte das gelegentlich der letzten Sitzung des Ostdeutschen Kulturrates in Bonn am 22. Februar in einem Gespräch mit Ihnen tun, doch waren Sie damals zu meinem Bedauern verreist.

Darum erlauben Sie mir, dass ich mich - im Einklang mit Herrn Peter Ludwig, dem Sprecher der Banater Schwaben - brieflich äussere,

Das Deutschtum in Rumänien zählte vor dem 2. Weltkrieg rund 800.000 Köpfe, die sich infolge der 1940 erfolgten Umsiedlung der Deutschen der Bukowina, Bessarabiens und der Dobrudscha ins Reich, weiter durch Überstellung der deutschen Wehrpflichtigen aus der rumänischen in die deutsche Armee und nach dem August 1944 durch Flucht, Umsiedlung der Nordsiebenbürger, Deportationsverluste usw. auf heute etwa 400.000 verringert haben, die - abgesehen von 4000 Deutschen im rumänischen Teil der Bukowina und etlichen Tausend Streudeutschen - aus der nicht nach Deutschland geflohenen Mehrheit der beiden alten Volksstämme der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben bestehen. Die Ansiedlung der Siebenbürger Sachsen geschah auf Einladung ungarischer Könige 1140-1160, die der Schwaben durch den Kaiserhof in Wien nach der Vertreibung der Türken aus dem Banat.

Um das Schicksal der beiden Volksstämme zu begreifen, sei daran erinnert, dass sie beim plötzlichen Frontwechsel Rumäniens von der deutschen auf die russische Seite (23. August 1944) durchaus gesunde und kraftvolle Gemeinschaften waren, miteinander vereinigt in einer kulturautonomen Organisation, im Besitz eigener Volks- und höherer Schulen. Sie besaßen zudem eine erstaunliche, gute und vielgegliederte Kulturrüstung (unzählige Vereine jeder Art, Museen, Bildungsstätten, Tageszeitungen, Zeitschriften usw.), dazu eine imponierende wirtschaftliche Bedeutung, ein hochentwickeltes Bäuerntum (etwa 70% der deutschen

./.

Bevölkerung), das die rumänische Bauernschaft und auch die madjarische durch Können, Leistungen, Ertragnisse und ein ausgezeichnetes Genossenschaftswesen völlig in den Schatten stellte und zum landwirtschaftlichen und Viehexport des Landes unverhältnismässig grosse Mengen beisteuerte. Die Deutschen hatten ausserdem ein wohlgegründetes, vielverzweigtes Bürgertum, im tieferen Wortsinn das einzig wirkliche Bürgertum in Rumänien; es setzte sich zusammen aus recht zahlreichen Akademikern, freiberuflich Tätigen, Kaufleuten, Gewerbetreibenden und Fabrikanten, die zum Teil bestimmte industrielle Erzeugungsgebiete fast ohne Konkurrenz beherrschten. Von den deutschen Städten, etwa von Temeschburg und Arad im Banat, und von den schon in der Staufenzzeit gegründeten siebenbürgischen Städten ging die Europäisierung der Völker jenes Raumes aus.

Das im allgemeinen gute Verhältnis zwischen den Nationalitäten Rumäniens beweist sich auch damit, dass es nach dem Einmarsch der Sowjettruppen monatelang zu keinen gewaltsamen Übergriffen der Rumänen und schon gar nicht der Madjaren gegen die Deutschen kam und dass die überwiegende Mehrheit der Rumänen den Abfall ihres Königs vom Bündnis mit Deutschland mit Beklemmung und Widerwillen hingenommen hatte. Erst im Januar 1945, als der Kreml 100.000 Arbeiter von Rumänien verlangte, bürdete die immer noch nicht kommunistische Regierung in Bukarest diese Last allein den Deutschen auf. Schlagartig liess sie bei den Schwaben und Sachsen alle Frauen vom 18. bis 30., alle Männer vom 17. bis 45. Lebensjahr ausheben und in plombierten Zügen nach Russland, hauptsächlich in die Gruben des Donezbeckens, verschleppen zu einer für die meisten 5 Jahre dauernden Fron, bei der etwa 20% den Tod fanden, die Überlebenden schliesslich teils in die Heimat, teils nach Deutschland entlassen wurden.

Ein Sondergesetz vom März 1945, das sich nur auf die deutschen, nicht aber auf die rumänischen und madjarischen Bauern bezog, enteignete entschädigungslos alle Gründe, dazu das Betriebsinventar und die Gebäude, die man nach Jahren völlig verwahrlost den rechtmässigen Eigentümern, freilich ohne die Acker, Wiesen und Weiden, wieder zurückgab. In die Höfe zogen im Frühling 1945 sogenannte Kolonisten, durchwegs unfähige Leute, Zigeuner oder rumänische Hirten, Landarbeiter und Häusler ein, vergeudeten die Einrichtung, das Vieh, das Saatgut und liessen die Felder verkommen, während der verjagte Bauer sich in einem Schuppen oder in der Scheune zu verkriechen hatte. Er lebte fortan als Knecht der Kolonisten, als Strassenarbeiter oder als Tagelöhner in einer der durch die künstliche Industrialisierung sich rasch mehrenden Fabriken. Auch seine Frau und die Kinder sahen sich gezwungen, irgendwo ihr Brot zu verdienen. Andere Bauern schlüpfen in den neugeschaffenen Kolchosen unter, die ja in den deutschen Gebieten am schnellsten entstanden, da dort keine selbständigen Bauern mehr waren ausser den untauglichen Kolonisten, die zuletzt von den Behörden weithin vertrieben wurden. Liegt die Kolchosleitung in deutscher Hand, so sind die Lebensverhältnisse für die Beteiligten oft nicht schlecht, was jedoch die Hass- und Neidgefühle der rumänischen Bevölkerung weckt hierbei ist zu beachten, dass nicht allein der Kommunismus der Feind der Deutschen ist, sondern auch der mit ihm gepaarte rumänische Chauvinismus, den die sehr kleine Schicht der wirklich kommunistisch gesinnten Führer zur Stärkung ihrer Position anstachelt.

In den Städten verloren die Deutschen alle Handels- und Industrieunternehmungen, alle Geschäfte und handwerklichen Betriebe, die verstaatlicht wurden. Sie verloren ferner ihre gesamte Kulturausrüstung.

Die meisten Vereine wurden aufgelöst, die Museen und Institute verstaatlicht. Das Eigenleben der deutschen Gemeinschaft liess sich nicht mehr aufrechterhalten. Selbst bei Tanzunterhaltungen müssen Rumänen und Madjaren, auf den Dörfern auch die Zigeuner, hinzugezogen werden. Dazu kommt die massive kommunistische Schulung, Bedrückung, Bespitzelung und Bedrohung; Verhaftungen aus verschiedensten Ursachen, in Wahrheit nur deswegen, um Schrecken zu erregen und jeden Widerstand von vornherein zu brechen, sind an der Tagesordnung, genau so wie überaus harte Kerkerurteile. Früher führende und in ganz Europa bekannt gewesene Deutsche wie Rudolf Brandsch und Dr. Hans Otto Roth starben den Märtyrertod in Gefängnissen. Die Folter bricht den Willen selbst des mutigsten Charakters. Die eigene lutherische Landeskirche der Siebenbürger Sachsen wurde lediglich auf seelsorgerische, durch Gegenpropaganda und kommunistische Gängelung der Jugend überdies arg verringerte Aufgaben beschränkt, während sie einst die viel bewunderte Volkskirche gewesen war. Die römisch-katholische Kirche, der die Banater Schwaben angehören, erleidet eine rücksichtslose Verfolgung.

Allein die deutschen Schulen bleiben, obschon restlos umgeformt und natürlich verstaatlicht, bis zur Gegenwart erhalten; seit zwei Jahren allerdings werden sie der Reihe nach mit rumänischen Anstalten vereinigt, denen sie nun als deutsche Sektionen beigegeben sind, eine Entwicklung, deren Ziel sich auf die Beseitigung des deutschen Unterrichtswesens richtet. Damit verliert die Pflege des deutschen Bewusstseins bei der Jugend immer mehr den Boden.

Die vor 15 Jahren wohlhabenden, schaffensfreudigen Stämme der Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen sind heute gänzlich proletariisiert, verarmt und zersiedelt durch Rumänen; sie leben in unwahrscheinlicher Wohnenge; früher unbekannt gewesene Mischehen mit Fremdnationalen nehmen rapide zu, weil die deutschen Männer fehlen, die während des Krieges im deutschen Heer hatten dienen müssen (auf Grund eines Staatsvertrages zwischen dem Reich und Rumänien); sie konnten und wollten nicht mehr heimkehren. Mit der Vernichtung der einstigen sozialen Struktur zerbrochen altgewohnte moralische Pfeiler der Gemeinschaft; wir wissen von einer bedenklichen Zunahme der früher selten bemerkbar gewesenen Trunksucht; wir sind berichtet, dass sich der Familienzusammenhalt lockert, ein planloses Dahinleben platzgreift - alles Folgen eines unfreien, aussichtslosen, von Ängsten heimgesuchten Daseins.

Mindestens 90% der Deutschen wünscht, in die Bundesrepublik Deutschland umgesiedelt zu werden. Ihr Wunsch entspringt nicht bloss der Sehnsucht nach Freiheit, sondern ist das Ergebnis der klaren Einsicht, dass die nahe Zukunft der deutschen Volksgruppe deren Versickern im rumänischen Volkskörper sein wird, wenn sie nicht auswandern kann. Vor dem letzten Krieg hätte jeder Sachse oder Schwabe aufgelacht, wäre es jemandem eingefallen daran zu zweifeln, dass sie behaupten würden. Die Zersiedelung, der Verlust der eigenen Wirtschaften, die Notwendigkeit, das vom Staat dargereichte Brot als Fabriks- oder Kolchosarbeiter zu verdienen, wobei man fast stets in einer Mehrheit von Rumänen gleichsam ertrinkt, und dann das Gefühl des Erniedrigtseins und der Hoffnungslosigkeit schwächen ununterbrochen die Position und damit auch die moralische Substanz der Deutschen. Wer tagsüber an der Werkbank oder im Kolchos rumänisch sprechen muss, kann sich gegen den Einfluss des fremden Volkstums schliesslich nicht mehr wehren; er versinkt ihm.

Noch ist es nicht so weit, ja die volkhafte Situation ist günstiger als bei den in Polen und in der Tschechoslowakei zurückgebliebenen

Deutschen, denen deutsche Schulen fehlen und deren Jugend kaum noch deutsch zu sprechen vermag. Das Deutschtum Rumäniens dagegen, zwar tödlich bedroht und gefährdet, besteht heute noch fast ausnahmslos aus deutschbewussten und auch sprachlich nicht entvolkten Menschen. Gerade weil dem so ist, sehen sie, dass sich ihre deutsche Existenz in Rumänien nicht mehr aufrechterhalten lässt. Sie gehen mit offenen Augen ihrem Untergang entgegen. Deshalb wollen sie gerettet und nach Deutschland umgesiedelt werden.

In welcher Form dies verwirklicht werden könnte, sei jetzt nicht untersucht. Es muss aber - gleichgültig, ob es zu diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest kommt oder nicht - recht bald ein Weg gesucht werden, der die Abwanderung der Rumäniendeutschen nach Westdeutschland sichert, wobei besonderes Augenmerk darauf zu richten ist, dass die Umsiedlungswilligen von den rumänischen Behörden nicht behindert werden.

Sollte die Bundesregierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien beabsichtigen, so müsste unseres Erachtens als unabdingbare Vorleistung von der rumänischen Regierung gefordert werden, dass sie nicht nur die Familienzusammenführung ausweite und beschleunige, sondern dass sie auch jedem Deutschen ihres Landes die Abwanderung gestatte, sofern er es selbst wünscht.

Es erübrigt sich, die Vorteile zu erwähnen, deren die Bundesrepublik mit der Aufnahme aller Rumäniendeutschen teilhaft würde; sie empfinde vorzügliche Arbeitskräfte aus dem eigenen Volk, Menschen, deren Tüchtigkeit bekannt ist, deren Pioniertum noch lebendig blieb, Menschen mit ausgeprägter volkshafter Eigenart, die angesichts der Nivellierung des binnendeutschen Wesens einen fruchtbaren Einfluss ausüben würde.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Jaksch, unsere Bestrebungen zu unterstützen. Es handelt sich um 400.000 Deutsche, denen der Volkstod droht!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

gez. Dr. Zillich

(Dr. Dr. h. c. Heinrich Zillich)



Wenzel Jaksch

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bonn 24. 8. 1962

Fernruf 206.

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hotschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte
Nr. 2061 Bundeshaus-Vermittlung anrufen.

BESCHEINIGUNG

Es wird hiermit bestätigt, dass für Herrn
Dr. Heinrich Zillich, Starnberg, Riemerschmid-
strasse 7, der Aufenthalt in den USA und Kanada
finanziell gedeckt ist.

Den Hin- und Rückflug von Dr. Zillich ist ebenfalls
bei der Lufthansa bereits bezahlt worden.

H. Jaksch



11.12.1962

Herrn
Bundestagsabgeordneten Wenzel Jaksch
Bonn
Bundestag

Sehr geehrter Herr Jaksch,

ich weiß nicht, ob Sie den Ostdeutschen Kulturtagen in Mainz, die gemessen an den früheren recht belanglos waren, und der Sitzung des Ostdeutschen Kulturrates auch mit demselben unbefriedigten Gefühl beigewohnt haben wie ich. Nun haben wir den Kulturrat auf etwa 40 Mitglieder aufgebläht. Wir geben ein wissenschaftliches Jahrbuch heraus, veranstalten einmal im Jahr Kulturtage, vielleicht noch zwei Vortragsabende, verteilen Ehren, aber Kulturpolitik, Förderung der schöpferischen Kräfte - das tun wir nicht. Wir sind weiter als je zuvor entfernt von dem Ziel, aus dem Kulturrat eine Akademie der Künste und Wissenschaften der Ostdeutschen zu machen.

Der Hauptgrund für diese bedauerliche Entwicklung ist das absolute Dominieren der Wissenschaft über die Künste in der staatlich geförderten Kulturarbeit der Ostdeutschen. Alle Vorträge in Mainz waren historische Rückblicke, keiner wendete sich an ein großes Publikum. Das ist nicht nur bei uns so. Auch in anderen ostdeutschen Kulturorganen hat die Wissenschaft die Vorhand. Lediglich in der Südosteuropagesellschaft und bei den Kulturwerken bemüht man sich, die Gegenwart zu sehen. Die Kulturwerke geben außer wissenschaftlichen auch populäre, literarische und das Volk unmittelbar ansprechende Bücher und Zeitschriften heraus; die Kulturwerke erfassen damit den Sinn und Umfang einer wirklichen ostdeutschen Kulturpolitik noch am besten. Auch manche Landsmannschaften tun es.

Ich behaupte seit Jahren: wer feststellen will, ob in einer Vorstadt Prags der Lautwandel vom T ins D im Wort Dummheit vor oder nach 1300 stattfand, wird für diese wichtige Ergründung in Bonn sofort eine Arbeitsbeihilfe von DM 10.000 bekommen. Ein nicht wissenschaftlicher Autor, selbst ein Dichter, dessen früheres Werk eine Gesamtauflage von einer Million Exemplaren hat, von dem also zu erwarten ist, daß er Leser findet und seine Aufgabe löst, bekommt keinen Pfennig für ein Werk, das er etwa über die ostdeutsche Vertreibung schreiben will, doch nur schreiben kann, wenn er zwei oder drei Jahre finanziell gesichert wird. Sein Buch würde freilich in Tausenden Exemplaren erscheinen; es würde in die Herzen großer Volksteile auch des Auslandes einwirken. Solche Gesichtspunkte beachtet man nicht. Man fördert nur wissenschaftliche Werke, geschrieben von Professoren für Professoren, deren Auflage höchstens einige hundert Stück beträgt, die nicht abgesetzt werden und verstauben. Ich weiß das aus eigener Erfahrung.

Daß die Wissenschaftler eine solche Macht haben, die fast alle staatlicheⁿ für die ostdeutsche Kulturpolitik bestimmten Gelder einheimst, ist leicht erklärbar: die Professoren haben ein gesichertes Einkommen und damit die Möglichkeit, um die Unterstützung ihrer Arbeit zu kämpfen, sie sind behördlich anerkannte Personen, gehaltlich eingestuft, den Beamten verständliche Erscheinungen, während echte Kulturpolitiker *kaum* begriffen werden, Künstler von der Hand in den Mund leben und deshalb außerstande sind, sich durchzusetzen, es sei denn, sie gehörten zu bestimmten, das literarische und Kunstgeschäft beherrschenden Cliquen, doch diese haben fürs Ostdeutsche nichts übrig. Wissen Sie, Herr Jaksch - dies nur als Kennzeichnung der Situation! -

daß die "Deutsche Künstlerhilfe", verwaltet vom Bundespräsidialamt, für ältere, schlecht verdienende Künstler und Autoren DM 1.200 im Jahr, d.i. 100 DM monatlich beträgt.* Hieraus ersieht man die Einschätzung schöpferischer Gaben in der Bundesrepublik.

Als ich diese Zustände 1957 durchschaute - und ich scheue mich nicht einzugestehen, daß ich da mit den scharfen Augen eines Betroffenen hineinblickte - schrieb ich eine Denkschrift zur Belebung der ostdeutschen Kulturarbeit, zu deren Mittelpunkt ich den Ostdeutschen Kulturrat bestimmen wollte. Und zu meiner Freude bejahte er meine Ideen ebenso, wie die Ministerien für Vertriebene und Gesamtdeutsche Fragen ihnen beipflichteten. Er setzte sogar einen von mir geleiteten Ausschuß ein, der die Verwirklichungsmöglichkeiten ausarbeitete. Doch damit war es getan. Es geschah nichts weiter. Die Durchführungskosten meiner Vorschläge wurden für zu hoch befunden. Will man verlorene Provinzen zurückgewinnen, so sollte nichts dazu Geeignetes zu teuer sein! Übrigens hätte die Realisierung meiner Vorschläge jährlich weniger gekostet als die Erhaltung eines einzigen Gymnasiums!

Ich habe zwar die Hoffnung verloren, daß wir fähig sind, eine wirklich zupackende ostdeutsche Kulturpolitik zu begreifen und ins Leben zu setzen, denn wir lassen weiterhin alljährlich fünfzig und mehr ostdeutsche wissenschaftliche Bücher mit Staatszuwendungen erscheinen, die niemand liest, wir beginnen sogar zu geizen mit der Subvention für die Kulturwerke, die immerhin etwas ins Volk Gerichtetes leisten, wir werden vom Ausland immer weniger verstanden werden, wenn wir ostdeutsche Forderungen vertreten, weil wir es nicht unmittelbar ansprechen, weil wir ihm die Bücher unserer ostdeutschen Dichter nicht zuführen, weil wir aus Mangel einer politischen Leidenschaft dort großzügig sind, wo das Gewesene archivariert wird, und so wird das Ostdeutsche allmählich zu einem Herbarium gemacht, das Leben zugunsten der Historie vernachlässigt, und damit verdienen wir, den deutschen Osten an die lebendigeren Völker, die ihn geraubt haben, endgültig zu verlieren, aber ich kann doch den Glauben nicht ganz fahren lassen, daß einmal in Bonn und in der Vertriebenenbewegung auch, in der soviel Funktionärhaftes Platz greift, das Schöpferische und das wahrhaft Politische ~~da~~ zu begriffen wird, herangezogen und zur Wirkung gebracht wird.

Ich suche dafür Bundesgenossen. Und darum wage ich es, Ihnen meine Denkschrift vom Jahre 1957 zu überreichen. Vielleicht finden Sie Zeit, sie zu lesen. Ich wäre Ihnen dafür sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen und einem zwar verfrüht
doch herzlichen Glückwunsch für Weihnachten und
für das Jahr 1963

Ihr sehr ergebener

Beilage

x Sie ist 1962 auf DM 1500 im Jahr erhöht worden.

i k g s

BUND DER VERTRIEBENEN

Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände

PRÄSIDENT

BONN, den 18. März 1964
Kölnstraße 3
Telefon 53245
Bankkonto: Commerzbank Bonn Nr. 11704

AZ: P/a - J/J

(Im Antwortschreiben bitte angeben)

Herrn

Dr. Heinrich Zillich

S t a r n b e r g am See (Obb.)

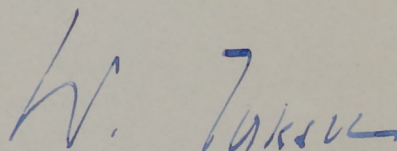
Riemerschmidstr. 7

Sehr verehrter Herr Zillich!

Ihre freundlichen Zeilen vom 5. März betrachte ich als einen ermutigenden Zuruf eines Mannes, der deutsches Grenzschicksal an noch schwieriger Stelle erlebt hat als ich.

Sie kennen meine Hinneigung zu den geistigen und kulturellen Aufgaben der Vertriebenenbewegung. Ich hoffe, daß wir uns auf diesen Arbeitsgebieten noch recht oft begegnen.

Mit besten Wünschen und Grüßen
Ihr ergebener



(Wenzel Jaksch, MdB)



1. M. 1. 1.

24.1.1966

Herrn
Dr.h.c.Wenzel Jaksch,MdB.
Präsident des BdV
53 Bonn
Köln-Str.3

Sehr verehrter Herr Dr. Jaksch,

es drängt mich, Ihnen zu sagen, daß ich den Kampf, den Sie nach allen Seiten heute für die Ostdeutschen und zugleich für Deutschland führen müssen, mit Bewunderung und herzlicher Anteilnahme verfolge.

Ich wünsche Ihnen die Kraft, diese heftige Auseinandersetzung erfolgreich durchzustehen; und ich kann mir gut vorstellen, wie bitter Ihnen zumute sein muß, wenn Sie sehen, daß Sie in zunehmendem Ausmaß unsachlich angefeindet werden. Nun, das ist allen, die im öffentlichen Leben stehen oder in Wort und Schrift hervortreten, geschehen. Das geistige Leben Westdeutschlands ist, seit Jahrzehnten schon, durch Verleumdungssucht vergiftet. Ja, wen die vorherrschende Presse-Clique nicht verleumdet, oder nicht zumindest gelegentlich verleumdet, der gehört bestimmt nicht zu den Besten.

Wenn Sie erlauben, überreiche ich Ihnen hier das letzte Heft der von mir herausgegebenen und geleiteten Zeitschrift; auf den Seiten 51 bis 57 habe ich mich bemüht, Ihren Kampf zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

i k g s

BUND DER VERTRIEBENEN

Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände

PRÄSIDENT

53 BONN, den 16. März 1966

Kölnstraße 3

Telefon 53245-49

AZ: P/a - J/J

(Im Antwortschreiben bitte angeben)

Herrn

Dr. Heinrich Zillich

S t a r n b e r g am See

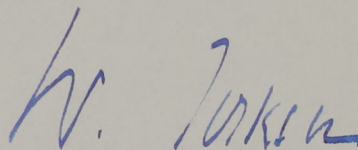
Riemerschmidstr. 7

Lieber Herr Dr. Zillich!

Ich möchte mich wenigstens mit einigen Zeilen für die Zusage der Südostdeutschen Vierteljahresblätter und für Ihre freundlichen Worte bedanken. Ihr Beitrag wird mir eine gute Reiselektüre sein. Was Ihre Anmerkung zur Lage in der Bundesrepublik anbelangt, so kann ich Ihrer Meinung nur zustimmen, daß unser geistiges Leben durch Verleumdungssucht vergiftet ist. Wir haben im BdV immerhin eine Gegenposition gegen diese Zersetzungerscheinung aufgebaut, die bis auf weiteres noch als Wellenbrecher dem Volke gute Dienste leisten wird. Jedenfalls müssen wir versuchen, bis zu einer glücklichen Wende des deutschen Schicksals durchzuhalten.

Herzlich grüßt

Ihr



(W. Jaksch, MdB)

